Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 80 (1986)

Heft: 5

Artikel: Tendenzen in der schweizerischen Friedensbewegung : Wurzeln in der Schweiz ; Die "neue " Friedensbewegung ; Probleme der Friedensbewegung in der Schweiz

Autor: Bein, Thomas / Epple, Ruedi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143262

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Handbuch zur Friedensarbeit in der Schweiz

Als in der letzten Septembernummer der «Neuen Wege» der Artikel von Arnd Henze zur Friedensbewegung in der Bundesrepublik erschien, äusserte der Redaktor den Wunsch nach einer solchen Standortbestimmung auch für die Schweiz. In diesen Wochen erscheint nun im Z-Verlag ein Handbuch Frieden Schweiz, das diese Aufgabe wahrgenommen hat. Herausgegeben wird das Buch von Thomas Bein, Ruedi Brassel und Martin Leuenberger vom Forum für praxisbezogene Friedensforschung (FpF) in Basel. Auf mehr als 300 Seiten werden die verschiedensten Gruppen und Organisationen vorgestellt und wichtige Fragen der Friedensarbeit und ihrer Hintergründe besprochen. Das Buch wird im Buchhandel erhältlich sein oder kann direkt beim FpF bezogen werden (Postfach 508, 4021 Basel, Preis ca. Fr. 24.–).

Das Buch gliedert sich in drei Teile: Einer Sammlung von Diskussionsbeiträgen folgen eine Reihe von Erfahrungsberichten und ein ausführlicher Dokumentationsteil. Kernstück des letzteren sind die Selbstdarstellungen von 79 schweizerischen Friedensorganisationen und -gruppen – eine vor allem dank des Regionalverzeichnisses zur Herstellung von Kontakten wertvolle Zusammenstellung. Die Erfahrungsberichte geben Einblick in die täglichen Aufgaben und Problemstellungen der praktischen Friedensarbeit in den verschiedensten Bereichen: von Kirchgemeinden bis zu Beratungsstellen für Militärdienstverweigerer. Den grössten Raum nehmen die Diskussionsbeiträge des ersten Teils ein. Auch wenn hier einige Gebiete nicht behandelt werden konnten, so sind hier doch wichtige Materialien aufgearbeitet worden. Zu erwähnen ist vor allem der Aufsatz «Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz» (R. Brassel/J. Tanner), ein erster Versuch zu einer Gesamtdarstellung, in dem auch die Bedeutung der Religiös-sozialen Bewegung und insbesondere von Leonhard Ragaz zur Sprache kommt. Weitere Beiträge behandeln die Diskussion über die Rüstungskonversion, Fragen der Friedens- und Konfliktforschung, der Friedenserziehung und die Versuche, durch die schleichende Einführung einer allgemeinen, differenzierten Wehrpflicht die Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Dazu kommt der Aufsatz von Thomas Bein und Ruedi Epple über «Die Friedensbewegung heute: Rahmenbedingungen und Tendenzen», in dem eine Analyse der heutigen Situation versucht wird. Im folgenden bringen wir als Vorabdruck den Schlussteil dieses Beitrags, der die neuen Tendenzen in der Friedensbewegung untersucht. *Red.*

Thomas Bein / Ruedi Epple

Tendenzen in der schweizerischen Friedensbewegung

Wurzeln in der Schweiz

Die *Friedensbewegung der Jahre 1981–1984 in der Schweiz* war kein «Importprodukt», obwohl der Nato-Doppelbeschluss und die Grossdemonstrationen in den benachbarten Ländern auch in der Schweiz mobilisierend wirkten. Die «neue» Bewegung hatte ihre Wurzeln und ihren Boden in der Schweiz selbst:

– An der Strategie der Schweizer Militärs, ihre Aufrüstungspläne trotz rigoroser Sparpolitik im Sozialbereich durch-

zusetzen, hatte sich der Protest der «alten» Friedensbewegung entzündet (Demonstrationen gegen die Zürcher «Wehrschau» 1979, Diskussion über Rüstungsreferendumsinitiative).[1]
– Im Protest und Widerstand gegen die Rolle der Schweiz als Waffen- und Nuklearteile-Exporteur waren Friedens-, Drittwelt-, Ökologie- und Jugendbewegung zusammengerückt (Hungerstreik Edmond Kaisers in der französischen Schweiz, Diskussion um Neuauflage der Initiative für ein Waffenausfuhrverbot, «Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte», Widerstand gegen die Ausstellungen «W '81» in Winterthur und «Nuclex» in Basel).[2]
– Gegen die Bestrebungen, im Rahmen der Gesamtverteidigung die Frauen stärker einzubeziehen, hatten sich Teile der Frauenbewegung engagiert und eigene friedenspolitische Positionen entwickelt (kein Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung, das Patriarchat als Wurzel des Unfriedens, Notwendigkeit der autonomen Friedensarbeit der Frauen).[3]
– Seit 1977 sammelte das «Initiativkomitee für einen echten Zivildienst» Unterschriften für ein Volksbegehren, mit dem in der Bundesverfassung ein Ersatzdienst für Militärdienstverweigerer verankert werden sollte.[4]

Dies waren die friedenspolitischen Strömungen, die den Boden bereitet hatten, als der Nato-Doppelbeschluss und die Grossdemonstrationen der Friedensbewegungen anderer europäischer Länder Schlagzeilen machten und das Berner «Komitee für Frieden und Abrüstung» (KFA) den Vorschlag unterbreitete, im Herbst 1981 eine grosse gesamtschweizerische Friedensdemonstration durchzuführen. Zusammen mit den Ausläufern der internationalen Friedensbewegung, welche sich in der Schweiz bereits vor der Grossdemonstration vom 5. Dezember 1981 vereinzelt gezeigt hatten (vor allem in der Form von Friedenswochen, -tagungen und -seminaren), bildeten sie den grossen Strom der «neuen» Friedensbewegung in der Schweiz, der 30'000 bis 40'000 Leute nach Bern führte.

In der Friedensbewegung der Jahre 1981–1984 lassen sich – aus der Nähe betrachtet – mindestens zwei voneinander unterscheidbare Kreise ausmachen: die «alte» Friedensbewegung, welche die friedenspolitischen Auseinandersetzungen seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die 70er Jahre hinein prägte[5], und «neue» Teile der Friedensbewegung mit neuen Inhalten, Organisations- und Aktionsformen.

Die «neue» Friedensbewegung

Was hebt die «neue» Friedensbewegung der Jahre 1981–1984 von der «alten» schweizerischen Friedensbewegung ab? Unterschiedlich sind sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte als auch die vorherrschenden Organisations- und Aktionsformen:

Inhaltliche Schwerpunkte

Inhaltlich spielt in der «neuen» Friedensbewegung die *internationale Rüstungssituation* eine dominierende Rolle. Zwar hatte die am kommunistischen Weltfriedensrat orientierte Schweizerische Friedensbewegung (SFB) immer schon internationalistisch argumentiert; da ihr Einfluss auf die Friedensbewegung in der Schweiz jedoch gering blieb, herrschten die innenpolitischen Themen und Forderungen vor, die vom Schweizerischen Friedensrat (SFR) und seinen Mitgliedorganisationen vorgebracht wurden. Dies änderte sich im Gefolge des Nato-Doppelbeschlusses und der Grossdemonstrationen der «neuen» Friedensbewegungen in andern europäischen Ländern. Auf dem Boden, den die Proteste der «alten» Friedensbewegung gegen die Aufrüstungspläne der Schweizer Militärs, der Widerstand gegen die Rolle der Schweiz als Waffen- und Nuklearteile-Exporteur, die Frauenfriedensbewegung, die Initiative für einen echten Zi-

vildienst sowie die Friedenswochen, -tagungen und -seminare Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre bereitet hatten, konnten die Forderungen zur internationalen Rüstungssituation Rückhalt finden. Sowohl im Dezember 1981 wie im November 1983 standen die Forderungen nach einem Verzicht auf die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa und nach wirksamen Abrüstungsschritten im Zentrum. Diese internationalistische Ausrichtung ermöglichte erst die Breite der Bewegung, sie erlaubte auch die Zusammenfassung der bereits vorhandenen, aus unterschiedlichen Quellen gespiesenen Strömungen. Die «alte» Friedensbewegung wurde Teil der «neuen».

Ein Teil der «neuen» Friedensbewegung, vor allem der SFR, war bemüht, zu den internationalistischen Forderungen hinzu auch die *Rolle der Schweiz* im internationalen Rüstungswettlauf zu thematisieren. Ins Blickfeld gerieten dabei die Defizite schweizerischer Aussen- und Abrüstungspolitik, der schweizerische Zivilschutz – der im Ausland oft als vorbildlich hingestellt wird –, die Aufrüstungspolitik der Schweiz im konventionellen Bereich (z.B. Leopard-Panzer-Beschaffung) und die fortschreitende Militarisierung der schweizerischen Gesellschaft (Ausbau der Gesamtverteidigung, koordinierte Dienste, Zivilschutz, Einbeziehung der Frauen usw.). Auch diese Themen waren bereits von der «alten» Friedensbewegung beackert worden. Indem sie nun aber im Zusammenhang mit der internationalen Rüstungssituation betrachtet wurden, zeigten sich neue Aspekte. Unter anderem wurde offensichtlich, dass die Schweiz keinen «Sonderfall» darstellt, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Rüstungswettlauf der Grossmächte mit allen seinen politischen, ökonomischen und psychologischen Kosten reproduziert.

Organisationsformen

Im Sog der «neuen» Friedensbewegung entstand eine Vielzahl neuer Organisationen. Der Zusammenschluss der «Frauen für den Frieden» war ein «Vorläufer». Nach 1980 entstand eine ganze Reihe auf Zeit gegründeter oder beständiger, aktionsbezogener oder lokaler Gruppierungen. Zum Beispiel:

- Das «Komitee für Frieden und Abrüstung» (KFA)[6]

  Das Komitee war 1981 spontan in Bern entstanden und schlug vor, eine nationale Demonstration durchzuführen. Sein Vorschlag stiess auf grosses Interesse, und es bildete sich der sogenannte «Berner Kreis», ein loser Zusammenschluss, dem neben dem KFA Einzelpersonen und über 30 Organisationen aus der Friedensbewegung und ihrem Umfeld angehörten. KFA und «Berner Kreis» organisierten die Grossdemonstrationen vom 5. Dezember 1981 und vom 5. November 1983 in Bern. Inzwischen hat sich das KFA wieder aufgelöst.

- Die Arbeitsgemeinschaft «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» (WIWONITO)[7]

  Sie war 1981 auf Anregung des SFR entstanden. Sie überarbeitete den «Aufruf zum Ausbruch aus dem Irrenhaus», mit dem in der BRD zu Aktionen am 11. November (Tag des Waffenstillstandes am Ende des 1. Weltkriegs) aufgerufen wurde und passte ihn an schweizerische Verhältnisse an. WIWONITO sammelte die Kräfte in und um den SFR, die durch die internationale Rüstungssituation in Bewegung gebracht worden waren und nach Aktionsmöglichkeiten in der Schweiz suchten. WIWONITO organisierte am 12./13. Dezember ein Friedenstreffen in Luzern, an dem 500 Leute verschiedene Aspekte des Zusammenhangs «Internationaler Rüstungswettlauf – Schweiz» thematisierten, sowie den Ostermarsch '82 in Basel, an dem zwischen 20'000 und 30'000

Leute teilnahmen. Die Arbeitsgemeinschaft WIWONITO – ihr Name war unter dem Eindruck der phantasievollen Aktionen der Zürcher Jugendbewegung Anfang der 80er Jahre entstanden – bildete das Scharnier, mit dem der SFR als Teil der «alten» Friedensbewegung den Anschluss an die «neue» Friedensbewegung fand.

– Das «Ökumenische Friedensnetz Bern»[8]

  Das Berner «Friedensnetz» ging 1983 aus der ersten «Friedensnacht» hervor, die auf Initiative der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Bern vom 6. auf den 7. August 1983 stattgefunden hatte. Zum «Friedensnetz» zählen sich kirchliche und konfessionslose Einzelpersonen und Gruppen, die lokal und regional, in Kirchgemeinden, in Vereinen, am Wohn- und Arbeitsort Friedensarbeit anregen und leisten wollen. Friedensarbeit wird als aktiver Beitrag des Einzelnen in seinem Nahbereich verstanden und soll die Anliegen der Friedensbewegung vermehrt ins öffentliche Bewusstsein bringen und an die kirchlichen Behörden herantragen. Inzwischen hat sich ein ähnliches «Friedensnetz» auch in und um Basel gebildet.

Kennzeichen der «neuen» Friedensbewegung unter dem Gesichtspunkt der Organisationen ist ihre Vielfalt, ihre Flexibilität und Dezentralität. Nur zur Vorbereitung der Grosskundgebungen traten Vertreter der einzelnen Gruppierungen zu sogenannten «Vollversammlungen» des «Berner Kreis» zusammen.

Aktionsformen

Schliesslich unterscheidet sich die «neue» Friedensbewegung auch in ihren Aktionsformen von der «alten». Standen in der Zeit vor 1980 eher konventionelle Aktionsformen wie Volksinitiativen, Petitionen, Appelle und Aufklärungskampagnen im Vordergrund, so dominieren in der «neuen» Friedensbewegung eher unkonventionelle Aktionen. Diese können besinnlichen oder appellatorischen Charakter haben («Schweigekreise für den Frieden», «Fasten für den Frieden»), der Aufklärung dienen (Info-Stände, Flugblatt-Aktionen, Broschüren, Plakate, Ausstellungen, Veranstaltungen) oder Protest ausdrücken (Mahnwachen, Demonstrationen, Kundgebungen, Märsche). Sie können aber auch darüber hinausgehen und konkreten Widerstand praktizieren (Menschenteppich, kollektive Militär- oder Zivilschutzverweigerungen, Militärsteuerboykott, Verzichtserklärungen auf militärischen Schutz und Zivilschutzraum, Besetzungsaktionen). Gerade die Zahl der Verweigerungsaktionen hat im Zusammenhang mit der «neuen» Friedensbewegung stark zugenommen. Kennzeichen ist bei diesen Aktionsformen die Vielfalt. Sie enthalten ein breites Handlungsangebot mit unterschiedlichsten Anknüpfungspunkten.

Daneben spielen auch in der «neuen» Friedensbewegung konventionelle Aktionsformen wie das Initiativrecht nach wie vor eine wichtige Rolle:

– Die Ende der 70er Jahre in der Friedensbewegung diskutierte Rüstungsreferendumsinitiative wurde Anfang der 80er Jahre von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in eigener Regie lanciert. Damit konnte die SPS einmal mehr den Konflikt zwischen ihrem gemässigten und ihrem antimilitaristischen Flügel glätten.[9]
– Gegen den Ausbau des Waffenplatzes Rothenthurm verbündeten sich Waffenplatzgegner, Friedens- und Ökologiebewegung, um mit der Volksinitiative «zum Schutz der Hochmoore» die umstrittene Militäranlage zu verhindern.[10]
– 1984 wurde über die schon erwähnte «Initiative für einen echten Zivildienst» abgestimmt.
– Seit März 1985 sammelt die «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) Un-

terschriften für ihre Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee.[11]

1984 – ein Jahr der Rückschläge

Das Jahr 1984 wurde für die «neue» Friedensbewegung der Schweiz ein Jahr des Einbruchs. Doch ihre Krise war nicht nur importiert. Zwar wirkte hier wie anderwärts der Stationierungsbeginn amerikanischer Pershing-2-Raketen in der BRD demobilisierend, ausschlaggebend aber waren andere Faktoren:

Nach dem 5. November 1983 konzentrierten sich grosse Teile der Friedensbewegung auf die Abstimmung über die Volksinitiative für einen «echten Zivildienst», die auf den 25./26. Februar 1984 angesetzt war. Sie bot die Möglichkeit, einer alten konkreten Forderung der Friedensbewegung zum Durchbruch zu verhelfen. Die kompromisslose Haltung der Behörden zur Zivildienstinitiative, das Erstarken der Friedensbewegung seit 1981 und positive Umfrageergebnisse liessen einen Erfolg möglich erscheinen, obwohl noch nie eine Initiative friedenspolitischen Inhalts von Erfolg gekrönt war. Die Abstimmung wurde zu einer Niederlage der Friedensbewegung: Nur 36,1 Prozent Ja-Stimmen standen 63,9 Prozent Nein-Stimmen gegenüber. Die schweizerische Friedensbewegung musste neben dem Stationierungsbeginn auch noch dieses unerwartet schlechte Ergebnis in der Zivildienstabstimmung verdauen.[12]

Das breite Spektrum der schweizerischen Friedensbewegung konnte schon 1981 nur mühsam unter einen Hut gebracht werden. Um die Form der nationalen Grosskundgebung und die Forderungen, die erhoben werden sollten, waren jeweils zähe Verhandlungen entbrannt. Je stärker innenpolitische Forderungen miteinbezogen wurden und je kritischer die Politik des Ostblocks betrachtet wurde, desto brüchiger wurde die Einheit. Im Vorfeld des «Ostermarsches '84» kam es dann zum Krach, in dem sich der SFR und der «Berner Kreis» öffentlich vom Forderungskatalog des Ostermarschkomitees distanzierten, das von der SFB dominiert wurde. Deren Verzicht auf die beiden Forderungen «Abbau der Blocksysteme» und «Solidarität mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa» fassten sie als einen Rückschritt hinter die Forderungen vom 5. November 1983 auf, den sie nicht mitvollziehen wollten.[13]

Probleme der Friedensbewegung in der Schweiz

Beim Rückblick auf die Friedensbewegung in der Schweiz fällt auf: Internationalistische Forderungen erzielen in der Regel hohe Zustimmung in einer breiteren Öffentlichkeit und vermögen auch viele Leute zu mobilisieren. Umgekehrt finden alle Forderungen, die sich auf die Schweiz selbst beziehen, wenig Rückhalt. So waren 1981 laut einer Umfrage 59 Prozent der über 18jährigen Schweizer und Schweizerinnen bereit, die internationalistischen Forderungen der Friedensbewegung zu unterstützen[14]. Kundgebungen und Demonstrationen, die klar internationalistisch ausgerichtet waren, erzielten 1981–1984 Grosserfolge. Im gleichen Zeitraum konnten für Demonstrationen, die sich auf schweizerische Themen bezogen, nie mehr als 5000 bis 8000 Menschen mobilisiert werden. Einige Monate nach dem Höhepunkt der «neuen» Friedensbewegung im Herbst 1983 waren es nur etwas über 50 Prozent der Stimmberechtigten, die zur Urne gingen und von ihnen unterstützten nur etwa ein Drittel die Forderung nach einem Zivildienst für Militärdienstverweigerer mit einem Ja. Die gleiche Zivildienstabstimmung verweist auf eine zweite Besonderheit: Solange Forderungen der Friedensbewegung noch unverbindlich unterstützt werden können (nachweisbar durch Umfragen über Jahre hinweg), finden sie eine breite Zustimmung. Kann die Unterstützung aber Konsequenzen haben, wie zum Beispiel ein Ja an der Urne, so schmelzen die in Umfragen nach-

gewiesenen Mehrheiten stark zusammen (Abstimmungen 1977 und 1984).

Militarisierung des «Kollektivbewusstseins»

Das Hauptproblem für die Friedensbewegung in der Schweiz ist das durch die traditionelle Neutralitätspolitik und vor allem durch die militärische Landesverteidigung geprägte «Kollektivbewusstsein». Neutralitätspolitik und Landesverteidigung nehmen darin einen so hohen Wert ein, dass alle Forderungen, welche die Schweiz betreffen oder für diese Konsequenzen haben, chancenlos sind. Dabei handelt es sich eben nicht um eine kurzfristig erzeugte Werthaltung, die in einem Abstimmungskampf zur Disposition stehen würde, sondern um eine «in der Stimmbürgerschaft verankerte (. . .) Prädisposition», die in Auseinandersetzungen um friedenspolitische Forderungen «nur aktiviert, das heisst handlungsrelevant gemacht» zu werden braucht.[15] Es ist denn auch eine vielfach geübte und bewährte Praxis der Gegner der schweizerischen Friedensbewegung, deren Forderungen als einen Angriff auf die Neutralitätspolitik und die militärische Landesverteidigung hinzustellen, obwohl diese keineswegs grundsätzlich tangiert wären, würden die Teilforderungen der Friedensbewegung erfüllt.

Gegenerfahrungen wichtiger als Initiativen

Daraus die Konsequenz zu ziehen, «den Stier bei den Hörnern zu packen», die Abschaffung der militärischen Landesverteidigung zu empfehlen und der Neutralitätspolitik eine umfassende Friedenspolitik gegenüberzustellen, wie es die GSoA tut, mag angesichts dieser Situation naheliegen. Trotzdem ist es problematisch:

Der Versuch, die radikale Forderung mit dem sanften Mittel der Initiative vorzubringen, in der Hoffnung, es liesse sich das Bewusstsein der Schweizer und Schweizerinnen verändern, geht von der Annahme aus, der Rückhalt von Neutralität und militärischer Landesverteidigung liesse sich argumentativ zurückdrängen. Da es sich jedoch um «Strukturen im Kollektivbewusstsein der Schweiz» handelt (Longchamp), die in einem langen und breiten Militarisierungsprozess entstanden sind, braucht es mehr als verbale Auseinandersetzungen und Argumente bei einer Unterschriftensammlung und in einem Abstimmungskampf, um sie aufzubrechen. Es braucht u.a. «Gegenerfahrungen». So müssten Schweizer und Schweizerinnen z.B. erfahren, dass sich Konflikte auch anders als mit militärischer Gewalt lösen liessen.[16]

Diese Gegenerfahrungen vermitteln Initiativen nicht. Im Gegenteil: Indem sie Ressourcen binden, verhindern sie, dass mehr Erfahrungen in solidarischen, gewaltfreien Aktionen gemacht werden. Und statt mit einer positiven Erfahrung enden Initiativen regelmässig mit einer demobilisierenden Niederlage, aus der die Befürworter des Status quo gestärkt hervorgehen, weil sie durch einen demokratischen Entscheid zum wiederholten Male legitimiert sind. Die bisherigen friedenspolitischen Initiativen haben denn auch kaum eine Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis zugunsten der Friedensbewegung bewirkt: Anfang der 60er Jahre, in der Abstimmung über die erste Atomwaffeninitiative, waren 19,0 Prozent der Stimmberechtigten bereit, eine Forderung der Friedensbewegung mit einem verbindlichen Ja an der Urne zu unterstützen. Über zwanzig Jahre und vier Abstimmungskämpfe zu friedenspolitischen Initiativen später, in der zweiten Zivildienstabstimmung, waren es 18,9 Prozent der Stimmberechtigten, die sich hinter eine Forderung der Friedensbewegung stellten. Die friedenspolitischen Initiativen haben bestenfalls dazu beigetragen, den Rückhalt der Friedensbewegung trotz grösser werdender Stimmbürgerschaft (Frauenstimmrecht) nicht geringer werden zu lassen. Kann

sich eine Bewegung, die ihren Beitrag dazu leisten will, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht die Erde «abgeschafft» wird, damit zufrieden geben?

Die Zukunft der schweizerischen Friedensbewegung wird davon abhängen, ob sie weiterhin den ausgetrampelten Pfad der Initiativen beschreitet oder ob sie den «neuen» Weg, den sie in den Jahren 1981–1984 ansatzweise beschritt, als sie nach neuen Inhalten, Aktions- und Organisationsformen suchte, fortsetzt. Seit Frühjahr 1985 zeigt sich zwar, dass sich die schweizerische Friedensbewegung nicht blindlings auf die GSoA-Initiative stürzt. Es zeigt sich aber ebenfalls, dass ihr bisher andere zündende Ideen, Anknüpfungs- und Aktionsmöglichkeiten fehlen.

1 Schweizerischer Friedensrat (Hg.), Diskussionspapier des SFR zur Frage der Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative für demokratische Kontrolle der Rüstungsausgaben, Zürich 1979.

2 Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte (Hg.), Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien, Schweizer Beihilfe zum Atomkrieg, Zürich/Bern 1980.

Christlicher Friedensdienst (Hg.), Aktion Menschenteppich gegen die Kriegsmaterialausstellung W '81 in Winterthur-Schweiz, Zürich 1981.

Waffen-Exhibitionismus Nein!, Dokumentation, Kriegsmaterial-Ausstellung «W '81» in Winterthur, o. O., o. J.

Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (Hg.), Übersicht über die möglichen Stossrichtungen einer neuen Waffenausfuhrverbotsinitiative, Zürich 1980.

3 Frauenkommission der POCH Zürich (Hg.), Emanzipation in Uniform? Eine Diskussionsgrundlage, Zürich 1981.

Schweizerischer Friedensrat (Hg.), Frauen und Militär, Zürich 1979.

Ders. (Hg.), «Wir passen unter keinen Helm», Zürich 1980.

Marga Bührig, Frauen und Militarismus, in: Frauen für den Frieden Basel (Hg.), Unsere tägliche Gewalt, Basel 1983, S. 87–107.

Marga Bührig u.a. (Hg.), So kann es nicht weitergehen. Nachdenken über den Unfrieden – Mutmachen zum Aufbruch. Ein Arbeitsdossier von Frauen für Frauen, o. O., o. J.

4 Bernhard Stricker, Neueste Zivildienstgeschichte 1970–1981, Zollikofen 1982 (hekt.).

5 Vgl. dazu den Beitrag von Ruedi Brassel und Jakob Tanner, «Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz» im hier angezeigten Handbuch Frieden Schweiz, hg. vom Forum für praxisbezogene Friedensforschung, Basel 1986.

6 Komitee für Frieden und Abrüstung, Friedensdebatte in der Schweiz, Bern o. J.

7 Arbeitsgruppe «Atomwaffen Nein»/Schweizerischer Friedensrat (Hg.), Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden! Für ein atomwaffenfreies Europa, Zürich 1981.

Schweizerischer Friedensrat (Hg.), Warum ein atomwaffenfreies Europa? Zur Diskussion um die allseitig einseitige Abrüstung, Zürich 1981.

8 Brunner Ursula, Ökumenisches Friedensnetz in der Schweiz, Bern 1984 (hekt.).

9 Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum), Argumentenkatalog, Bern 1981.

Sozialistische Arbeiterpartei, Rüstungsreferendum und Einheitsfront, Dossier, o. O. 1982.

Andreas Herczog, Rüstung – die heilige Kuh im Bundeshaus, Zürich 1982.

10 Arbeitsgemeinschaft gegen einen Waffenplatz in Rothenthurm/Initiativkomitee der Rothenthurminitiative (Hg.), Rothenthurm. Nachrichten, Fakten, Hintergründe, Rothenthurm 1984ff. (viermal jährlich erscheinendes Mitteilungsblatt).

11 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Hg.), Anstösse zum Frieden, Diskussionsbeiträge zum Einstieg in eine Schweiz ohne Armee, Zürich/Winterthur 1984.

Dies., GSoA-Infos (unregelmässig erscheinendes Mitteilungsblatt).

Roman Brodmann, Schweiz ohne Waffen, 24 Stunden im Jahre X, Bern 1973.

12 Neue Zürcher Zeitung, 27. Februar 1984.

13 Neue Zürcher Zeitung, 2. April 1984.

14 Die Woche, 4. Dezember 1981.

15 Claude Longchamp, VOX-Analysen zur Zivildienstabstimmung, in: Zivildienst-Zeitung, Nr. 42, Jan./Feb. 1985, S. 14ff.

16 Rudolf Epple, Ressourcen und Mitarbeit entziehen: Widerstand als gewaltfreie Aktion, in: Schweizerischer Friedensrat (Hg.), Widerstand zwischen Opposition und Verweigerung, Zürich 1985, S. 11–14.